

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Mittwoch, 19. Dezember 1973

Blatt 2484

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal:
 - Abschluß der Budgetdebatte (Geschäftsgruppe VIII, Städtische Unternehmungen, Stadtrat Franz Nekula)
 - Landtag
 - "Essen auf Rädern": Ab 1974: Sozialfälle erhalten Zuschüsse
 - Kürzeste Budgetdebatte, die es je gab
- Lokal:
 - Eduard März - 65. Geburtstag
 - Weihnachtslieder auf dem Rathausplatz
- Sport:
 - Weiteres "Weihnachtsgeschenk" an die Sportler: Schul-Turnsäle ab Jänner völlig gratis

Chef vom Dienst 42 800/Durchwahl 2971

Kommunal:

Fortsetzung der Budgetdebatte

(Städtische Unternehmungen)

Wien, 19.12. (RK) Die Probleme auf dem Energie- und Verkehrssektor, die durch die internationale Entwicklung aufgetreten sind, standen im Vordergrund des Berichtes, den Stadtrat Franz Nekula am Mittwoch über die Geschäftsgruppe 8, Städtische Unternehmungen, erstattete.

Der Nahostkrieg sei offenbar nur der äußere Anlaß für diese Entwicklung, erklärte Nekula. Die eigentliche Ursache dürfte sein, daß die Ölförderländer nicht länger bereit seien, ihre Erdölproduktion nach den Bedürfnissen und Zuwachsraten der Verbraucherländer auszurichten, sondern nur noch nach den eigenen volkswirtschaftlichen Erfordernissen. Sie wollen durch Förderrestriktionen bei gleichzeitig starker Preissteigerung ihren Geldeinnahmen eine längere Lebensdauer sichern. Trotzdem dürfte die Zeitungsüberschrift "In Europa gehen die Lichter aus" übertrieben sein. Sicher sei jedoch, daß die Energiepolitik weltweit neu geplant und geregelt werden müsse.

Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke sei in einer Zeit erstellt worden, in der niemand diese neue Entwicklung voraussehen konnte. Allein die letzte Preiserhöhungswelle werde auf dem Heiz- und Treibstoffsektor unmittelbare Mehrausgaben von rund 25 Millionen Schilling erfordern. Die weitere Entwicklung könne derzeit ebenfalls nicht abgeschätzt werden, trotzdem müsse die Versorgung mit Energie und die Erbringung der notwendigen Verkehrsleistung gesichert werden.

Dem Ausbau der Stromversorgung komme dabei Priorität zu, da eine Großstadt wie Wien ohne ausreichende Stromversorgung nicht lebensfähig sei. Stadtrat Nekula führte die wichtigsten Investitionen auf dem Gebiet der Stromerzeugung an:

1973: Inbetriebnahme des Blocks 1 im Kraftwerk Donaustadt, Leistung 162 Megawatt.

1974: Gasturbinenanlage Leopoldau, 85 Megawatt.

1975: Block 2 im Kraftwerk Donaustadt, 162 Megawatt.

1978/79: Neuer Block im Kraftwerk Simmering, Leistung 320 Megawatt, vorgespannte Gasturbine mit 50 Megawatt, Koppelung mit Erzeugung von Fernwärme.

1981/82: Zweites Kernkraftwerk, Wiener Beteiligung mit 160 Megawatt angemeldet.

Zugleich sei der entsprechende Ausbau der Verteilereinrichtungen notwendig. Dafür stünden allein im kommenden Jahr 783 Millionen S bereit. Auch der nötige Ausbau der Öllager erfordere hohe Mittel. Durch die schon bisher vorausschauende Investitionstätigkeit auf diesem Sektor sei eine Lagerkapazität von 260.000 Tonnen Heizöl geschaffen worden. Die gemeinwirtschaftlichen Stadtwerke unterschieden sich dadurch sehr wesentlich von der Vorratspolitik vieler anderer, vor allem privater Unternehmungen.

"Am Beginn der Ölkrise waren die Lager der Stadtwerke voll", betonte Stadtrat Nekula. "Dadurch konnte schon bisher, trotz dem Ausbleiben von Nachlieferungen, die klaglose Stromversorgung unserer Stadt sichergestellt werden. Durch den zwischen den E-Werken und den Gaswerken errichteten Erdgasverbund können die vorhandenen Ölvorräte durch Einsatz von Gas gestreckt werden. Eine Stromerzeugung im Normalumfang bei ausschließlichem Öleinsatz wäre wohl für einige Wochen gesichert, jedoch müssen mit allem Nachdruck rechtzeitige und ausreichende Nachlieferungen verlangt werden, um die Stromversorgung der Stadt zu sichern."

Eine unbekannt große seien die nicht genehmigungspflichtigen 2 kW-Heizgeräte. Die Meinung, daß die Steckdose fehlendes Heizöl ersetzen könne, sei gefährlich, da es dadurch zu Netzzusammenbrüchen, ausgehend von einzelnen Häusern über lokale Bereiche bis zu ganzen Stadtteilen kommen könnte.

Bei der Umstellung auf Erdgas seien von September 1970 bis Ende 1973 in 197.425 Haushalten 389.058 Geräte und in 7.169 Betrieben 29.845 Geräte umgestellt worden. Für nächstes Jahr sei geplant, in rund 99.500 Haushalten rund 186.000 Geräte und in rund 3.500 Betrieben rund 6.500 Geräte umzustellen.

Das Erdgas komme aus österreichischen Lagern und aus der Sowjetunion. Den sowjetischen Lieferungen liege ein vorläufig bis 1991 abgeschlossener Vertrag zugrunde, der die jährliche Lieferung von rund 1,4 Milliarden Kubikmeter Erdgas vorsehe. Zur langfristigen Sicherung der Versorgung - nicht nur für Industrie und Haushalt, sondern auch für die Stromerzeugung - müsse die Beschaffung von zusätzlichem Erdgas gesichert werden.

Da die Verhandlungen mit der UdSSR wegen einer Aufstockung zunächst ergebnislos geblieben seien, habe sich als derzeit

einzigste Alternative algerisches Erdgas angeboten. Durch den Abschluß der Verträge sei Österreich nun auch vom Westen her dem anbahnenden europäischen Erdgasverbund angeschlossen.

"Zu einer Zeit, da noch niemand von einer Energiekrise gesprochen hat, haben die Wiener Stadtwerke damit begonnen, ein Energiekonzept für Wien zu erstellen", betonte Stadtrat Nekula. Der Entwurf sei fertiggestellt und werde nun mit dem von der Bundesregierung zu erstellenden Konzept abgestimmt. Aber schon bisher sei Energiekoordinierung betrieben worden. Seit Gründung des energiewirtschaftlichen Arbeitskreises der Stadtwerke im Jahre 1972 seien Empfehlungen für mehr als 100 Großvorhaben, in denen 28.000 Wohnungen enthalten sind, abgegeben worden.

Für die Verkehrsbetriebe sei der Personalmangel - im Fahrbetrieb allein fehlen rund 900 Mitarbeiter - das Hauptproblem. Gespräche mit Finanzstadtrat Mayr führten dazu, daß für 1974 zusätzliche 143 Millionen S zur Verfügung gestellt werden. "Damit können", sagte Nekula "27 Gelenktriebwagen für den Ein-Mann-Betrieb, 25 Großraumbeiwagen, 25 Gelenkbusse und 3 Normalbusse gekauft werden. Außerdem können von dem vorhandenen Wagenpark 66 Beiwagen und 37 Triebwagen für schaffnerlosen Betrieb, ferner 5 Triebwagen und 20 Autobusse für Ein-Mann-Betrieb umgebaut werden."

Unter dem Druck der Ölkrise werde der Autoverkehr eingeschränkt. Dabei werde oft darauf hingewiesen, daß die Verkehrsbetriebe dafür nicht gerüstet und zu wenig attraktiv seien - zwei Begriffe, die gar nichts miteinander zu tun hätten.

Zur Vorsorge: Die amerikanische Armee habe in ihren Lagern Panzer, Flugzeuge und Schiffe für den Bedarfsfall eingemottet. Ein Betrieb könne es sich jedoch nicht leisten, durch 20 Jahre auf einen Tag X vorbereitet zu sein, an dem rund 50 Prozent seiner freiwillig abgewanderten Kunden infolge einer Zwangssituation zurückkommen könnten. Trotzdem seien die Verkehrsbetriebe in Form eines Notplanes mit entsprechenden flankierenden Maßnahmen darauf eingestellt.

Zur Attraktivität: Dafür seien, eingehenden Erhebungen zufolge, als wichtigstes Kriterium die Reisegeschwindigkeit, an zweiter Stelle die Intervalle, an dritter Stelle das ausreichende Platzangebot und an vierter schließlich die Tarife

maßgeblich. Durch die Modernisierung des Wagenparks werde Punkt drei verwirklicht. Punkt eins und zwei könnten nur erreicht werden, wenn man die modernen Großraumwagen auch fahren lasse. Daß dies realisierbar sei, wäre in der Vorweihnachtszeit durch die verkehrsarmen Zonen in einigen Geschäftsstraßen bewiesen. Voraussetzung für die Attraktivität der Verkehrsbetriebe sei es, ihnen die Straßen freizumachen - durch Bevorrangung, Sperrlinien, Straßenbahnstraßen oder was immer.

Darüber hinaus solle die Verkehrsabwicklung im Raum Wien durch einen Verkehrsverbund zwischen der Republik Österreich, Burgenland, Niederösterreich und Wien verbessert werden. Das Interesse und die Bereitschaft aller sei bereits bekundet worden. An einem Maßnahmenkatalog werde bereits gearbeitet.

Abschließend befaßte sich Nekula mit der immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage der Stadtwerke. Erstmals gerate die Bestattung in die roten Zahlen. Die E-Werke seien durch den enormen Investitionsbedarf zur **Sicherung** der Stromversorgung belastet, der Tarifantrag aller österreichischer Energieversorgungsunternehmen sei deshalb notwendig gewesen.

Jedenfalls müsse den Unternehmungen gegeben werden, was sie brauchen, um Wien so wie bisher mit Licht, Kraft, Wärme und Verkehrseinrichtungen zu versorgen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Wiener Landtag:Getränkesteuer auch für Bier
=====

Wien, 19.12. (RK) Einziger Tagesordnungspunkt der Landtags-sitzung vom Mittwoch (Vorsitz Zweiter Präsident Otto Schweda) war eine Novellierung des Getränkesteuergesetzes, durch die das Bundesland Wien in die Lage versetzt wird, auch Bier zu be-steuern. Finanzstadtrat Hans Mayr betonte als Referent, daß Gemeindegewerbe, Städtebund und Landeshauptleutekonferenz nach ein-stimmigen Beschlüssen empfohlen haben, von dieser durch den neuen Finanzausgleich möglich gewordenen neuen Steuer Gebrauch zu machen.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) lehnte die sogenannte Biersteuer im Namen seiner Fraktion ab. Begründung: Die finanzielle Situation Wiens mache die Einhebung einer neuen Steuer nicht notwendig. Da keine Zweckbindung vorhanden sei, sei er auch skeptisch, ob die Einnahmen aus dieser Steuer auch tatsächlich - wie ange-kündigt - dem Gesundheitswesen zugute kommen werden. Seine Fraktion hätte dieser neuen Steuer unter Umständen dann zugestimmt, wenn dafür die Getränkesteuer für alkoholfreie Getränke aufgehoben würde.

Stadtrat Lehner (ÖVP) wandte sich ebenfalls gegen die neue Steuer. Eine Zweckbindung wäre unbedingt notwendig gewesen. Die Ablehnung der Zweckbindung durch die SPÖ sei seiner Meinung nach nicht stichhaltig gewesen. Man hätte sich an Graz ein Beispiel nehmen können, wo sein Parteifreund Vizebürgermeister Hasiba über die Art der Verwendung dieser zusätzlichen Steuereinnahme eine Bürgerbefragung initiierte. Von diesen Überlegungen abgesehen sei diese neue fiskalische Maßnahme eine echte Konsumentensteuer, die vor allem die sozial Schwächeren treffe.

Abg. Busta (SPÖ) meinte, daß kein Alibibeschuß für eine Zweckbindung notwendig sei. Man müsse immer den Finger am Puls der Bevölkerung haben, den dringendsten Bedarf decken und Jahr für Jahr durch politische Willensbildung neue Akzente setzen. Die Aufhebung der Getränkesteuer für alkoholfreie Getränke sei deswegen sinnlos, weil Erfahrungen in der Vergangenheit gezeigt

hätten, daß der Endverbraucherpreis dieser Getränke dadurch um keinen Groschen gesenkt werden konnte. Lediglich die Handels-
spanne für den Zwischenhandel sei größer geworden.

Auch Stadtrat Hans Mayr betonte in seinem ~~Schluss~~wort, daß eine Zweckbindung die kurzfristig notwendigen politischen Entscheidungen im Interesse der Bevölkerung erschwere. Seine Partei habe die formale Zweckbindung abgelehnt, er betonte jedoch hoch einmal, daß die Einnahmen in erster Linie den Sozialeinrichtungen zugute kommen sollen.

Abstimmung: Das Gesetz wurde mit den Stimmen der SPÖ beschlossen.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Stadtwerke-Debatte

=====

Wien, 19.12. (RK) GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) bezeichnete das Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital bei den Stadtwerken als unausgeglichen. Die Versäumnisse der Vergangenheit - an denen auch die ÖVP, die jahrzehntelang für dieses Ressort verantwortlich war, mitschuldig sei - kämen hier besonders zum Ausdruck. Jahrzehntelang sei nichts für den Massenverkehr geschehen. Die Straßenbahn bleibe ein Vehikel, mit dem man keine Massen befördern könne - und der Bau der U-Bahn erfolge zu langsam. Die Energieversorgung Wiens sei gefährdet. Das Fernsehen verursache heute schon Verbrauchsspitzen, die durch das Farbfernsehen noch verschärft würden. Noch größer als die Probleme beim Strom sei die Gefahr, daß die Erdgasbelieferung Wiens eines Tages unterbunden sein könnte. Dann wäre drei- oder viermal so viel Strom wie jetzt nötig, um den Ausfall wettzumachen. Das Fehlen eines Energiekonzeptes wirke sich darin aus, daß manche Stadtviertel mit Strom, Gas und Fernwärme versorgt würden.

Die 1970 vorgenommenen Verbesserungen der Finanzlage seien damals fälschlich als Sanierung und außerordentliche Verbesserung der Kapitalstruktur der Stadtwerke verkauft worden, stellte GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) fest. Die Kostenschere mache auch vor den Stadtwerken nicht halt. Hier wirke sich die Inflationspolitik der Bundesregierung und auch die Mehrwertsteuer aus. Dabei sei die Entwicklung der vier Teilunternehmen unterschiedlich. GR. Ammann brachte deshalb den Antrag ein, die Vermögens- und Erfolgsrechnung jedes Teilunternehmens vorzulegen. Steigende Schuldendienste und ein immer höherer Investitionsbedarf charakterisierten das trübe Bild der Stadtwerke. Es sei kein Wunder, daß die Stadtwerke nach Tarifierhöhungen schreien - während allerdings die "AZ" verspreche: "Ein Jahr keine Tarifierhöhungen in Wien". Das Budget sei unter dem Motto " Es wird scho nix geschehn" erstellt worden. Der Redner kritisierte die Nichtbeteiligung Wiens am ersten Kernkraftwerk und meinte, statt der Prestigeprojekte Donauinsel und UNC-City solle man die Energieversorgung und den Verkehr sichern.

./.

Man überlege nicht, welche Investitionen bei den Stadtwerken zurückgestellt werden könnten, sondern spreche von einer neuen Steuer. Der Gedanke an eine Verkehrssteuer sei schärfstens zu verurteilen. Die Verwendung der Mineralölsteuer solle man allerdings neu überdenken und sie etwa für das Park and ride-System heranziehen.

GR. Ammann fragte, warum das Energiekonzept nicht vorgelegt werde. Die Äußerung von Bürgermeister Gratz, daß Wiens Stromversorgung gesichert sei, sei verantwortungslos und stelle eine Aufforderung zur Stromverschwendung dar (GR. Rautner, SPÖ: Wer spricht von Verschwendung? Nur Sie!)

Die Verkehrsbetriebe hätten jetzt die historische Möglichkeit, von der bisherigen Beförderungsmentalität zum echten Service zu gelangen. GR. Ammann brachte deshalb den Antrag ein, Pensionisten mit einem Monatseinkommen bis 2.500 Schilling und Pensionistenehepaare mit einem Monatseinkommen bis 3.000 Schilling in den verkehrsschwachen Zeiten gratis, die anderen Pensionisten um den halben Fahrpreis zu befördern. (Zwischenrufe von der SPÖ: Wer bezahlt das?). Zusammenfassend kritisierte der Redner, daß es kein längerfristiges Investitions- und Finanzkonzept gebe, daß die Chance, den Fahrgastschwund zu stoppen, vertan werde und daß von einer Sanierung der Stadtwerke keine Rede sein könne.

Mit Vehemenz wandte sich der nächste Debattenredner GR. Deutsch (SPÖ) dagegen, daß im Zusammenhang mit den Verkehrsbetrieben immer wieder von Defizitwirtschaft gesprochen werde. Man müsse die Subventionierung der Verkehrsbetriebe als eine echte Sozialleistung im Interesse der Allgemeinheit betrachten. Wenn die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben weiter zunehme, sei dies nicht zuletzt auch auf die Sozialtarife zurückzuführen, die allein einen Betrag von 360 Millionen Schilling ausmachten. Die Leistungen der Verkehrsbetriebe sind aber schon daraus erkennbar, daß 55 Prozent der Bevölkerung die öffentlichen Verkehrsmittel zur Fahrt in die Arbeit und von der Arbeit nach Hause benützten, während 30 Prozent der Bevölkerung mit dem Auto fahren. Die Leistung der Verkehrsbetriebe könne auch daran ermessen werden, daß ihre Kosten für die Beförderungsleistung niedriger seien, als bei Privatfirmen, die ihre Beschäftigten mit Zubringerautobussen befördern. Die Wiener Verkehrsbetriebe zählten aber auch zu den sichersten Verkehrsmitteln. Während nämlich im Individualverkehr

die Zahl der Unfälle von 1962 auf 1972 von 13.952 auf 18.133 stieg, sei die Unfallziffer im gleichen Zeitraum bei den Verkehrsbetrieben von 4.569 auf 3.615 gesunken. Das sei auf die Ausstattung der Waggons mit selbstschließenden Türen zurückzuführen. Der Redner versicherte, daß man Ratschläge von allen Seiten prüfen und keine Lösungsvorschläge ignorieren werde, daß man aber über die Frage der Tarifgestaltung offen diskutieren werde müssen. Das Personalproblem werde im kommenden Jahr nicht einfach sein, da die 40-Stunden-Woche auf die Verkehrsbetriebe zukomme. Schon jetzt fehlten beim Fahrpersonal rund 900 Bedienstete.

GR. Arthold (ÖVP) befaßte sich anschließend ausführlich mit dem Gutachten des Verkehrsexperten Professor Lehner und kritisierte, daß dabei die U-Bahn und das S-Bahn-Netz nicht berücksichtigt worden sei. Überdies seien die Anregungen dieses Gutachtens nicht dazu benützt worden, ein Verkehrskonzept auszuarbeiten. Man versuche lediglich, herausgelöste Einzelvorschläge zu verwirklichen, wie beispielsweise das 15-Minuten-Intervall in den Abendstunden. Der Redner brachte den ÖVP-Antrag in Erinnerung, der eine Verlängerung der U 1 vom Reumannplatz in Favoriten bis nach Ober-Laa vorsieht. Die Straßenbahnlinien 66 und 67 könnten dann aufgelassen und ein echtes Park- and Ride-System eingeführt werden. Schließlich warf der ÖVP-Sprecher der Rathausmehrheit vor, konzeptlos so wichtige Ausfallstraßen wie die Mariahilfer Straße und die Wiedner Hauptstraße in sogenannte Straßenbahnstraßen umwandeln und für den Autoverkehr sperren zu wollen. Im Falle der Wiedner Hauptstraße zum Beispiel hätte die Florianikirche nicht abgerissen werden müssen. Der Redner trat schließlich für den Ausbau des S-Bahn-Netzes ein. Die Vorortelinie und die Donau-Ländebahn müßten einbezogen werden, wodurch ein S-Bahn-Anschluß nach Schwechat und in neue Wohngebiete im Süden Wiens erreicht werden könnte.

GR. Hirsch (SPÖ) erinnerte daran, daß schon wiederholt erklärt worden sei, warum sich Wien nicht am ersten Kernkraftwerk beteiligt: Erstens käme es für Wien zu spät, zweitens brächten das Kraftwerk Donaustadt und die Gasturbine zusammen 420 Megawatt, weit mehr, als das Kernkraftwerk hätte bringen können. Die VP behauptete, es fehle an Konzepten. Sie selbst habe nur eines: Wien krank zu jammern. Sie verlange viele Dinge, sage aber nicht dazu, wer sie bezahlen solle. Die SPÖ trage die Verantwortung und

werde in das Krisengeschrei nicht einstimmen. Es sei rechtzeitig Vorsorge getroffen worden, um die Energieversorgung zu sichern. Die E-Werke besäßen Ölvorräte für mindestens drei Monate - eine Vorratspolitik übrigens, die noch vor einem halben Jahr vom Kontrollamt und vom Rechnungshof aus wirtschaftlichen Gründen kritisiert worden sei, die sich heute aber eindeutig als richtig herausstelle.

S+R. Nekula (SPÖ) erklärte im Schlußwort, daß die ÖVP im Stadt-senat zwei Gründe für die Ablehnung des Stadtwerke-Wirtschaftsplanes angeführt habe. Sie habe 125 Millionen S zusätzlich für die Verkehrsbetriebe verlangt. Mit den 143 Millionen, die den Verkehrsbetrieben von der Finanzverwaltung gewährt wurden, sei diese Forderung überholt. Als zweites habe die ÖVP das Fehlen eines Energiekonzeptes angeführt. Dieses Konzept liege jedoch bereits vor.

Zur Verbesserung des Verhältnisses Eigenkapital - Fremdkapital seien bereits Gespräche mit dem Finanzreferenten begonnen worden. Die Übernahme der Pensionslasten durch die Finanzverwaltung habe die Erfolgsrechnung der Stadtwerke um 1,4 Milliarden S verbessert. Nekula betonte, daß er in diesem Zusammenhang nie von einer "Sanierung", sondern immer von einer "Verbesserung der wirtschaftlichen Situation" gesprochen habe.

Die Wiener Verkehrsbetriebe befördern jährlich mehr als 400 Millionen Fahrgäste und bewältigen die Hauptlast des Berufsverkehrs. Für den Fall eines großen zusätzlichen Verkehrsbedürfnisses seien unter anderem Gespräche mit dem Stadtschulrat begonnen worden. Allein eine halbstündige Verschiebung des Unterrichtsbeginns in den höheren und den Berufsschulen würde 40.000 zusätzliche Plätze in der Verkehrsspitze bringen. Auch eine Verschiebung der Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst könnte zur Verflachung der Verkehrsspitzen beitragen, darüber werde mit der Gewerkschaft gesprochen.

Zum Tarifproblem erinnerte Nekula daran, was Bürgermeister Gratz in der Pressekonferenz wirklich gesagt hat: Es seien keine Tarifierhöhungen vorgesehen, vorausgesetzt, daß es zu keinen exorbitanten Preissteigerungen komme.

Die Privatindustrie habe eine Vorratspolitik versäumt, sie habe zum Teil nur Ölvorräte für eineinhalb Tage. Sie verlasse sich eben vielfach auf andere. Solange die VP den für die Stadtwerke zuständigen Stadtrat stellte, habe es keine Planung gegeben - außer

dem Plan, alle Straßenbahnlinien durch Autobuslinien zu ersetzen. Die Linie 13 sei das Beispiel dafür, wie unzweckmäßig das gewesen sei. Jetzt gebe es das Lehner-Gutachten, von dem schon wichtige Punkte realisiert seien. Die Schnellbahn sei kein Anlaß zum Lob für ÖVP-Minister: Der ÖVP-Finanzminister habe es abgelehnt, Geld für die S-Bahn herzugeben, die Stadt Wien habe die S-Bahn vorfinanziert.

Die Planung der Stadtwerke sei langfristig, betonte Nekula: Bis 1980 werde der gesamte Wagenpark der Verkehrsbetriebe erneuert und für den schaffnerlosen Betrieb eingerichtet sein. Die derzeitige Planung der E-Werke sichere die Stromversorgung bis 1984.

Abstimmung: Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke für 1974 wurde mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. Die beiden ÖVP-Anträge wurden einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Restliche Tagesordnung

Nach den Beratungen über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke hielt der Gemeinderat noch eine Geschäftssitzung ab, bei der die restliche Tagesordnung genehmigt wurde. Unter anderem wurde einstimmig beschlossen, ab 1. Jänner 1974 im Historischen Museum der Stadt Wien und allen angeschlossenen Museen und Gedenkstätten keine Eintrittsgelder mehr zu verlangen.

GR. Schneider (ÖVP) erklärte, seine Fraktion habe dies bereits im März dieses Jahres beantragt und er freue sich, daß dem nun entsprochen werde. GR. Wiesinger (SPÖ) meinte dazu, die Sozialisten würden gar nicht bestreiten, daß auch die ÖVP gelegentlich gute Vorschläge mache und würden auch künftig über solche gute Ideen reden.

Über die Aufstockung der Kosten für das Stadthallenbad von 130 um 86 auf 218 Millionen S, worüber GR. Peska (SPÖ) referiert hatte, gab es eine Debatte: Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) bemängelte, daß die Kostenerhöhung 67 Prozent ausmache, von denen lediglich 50 Prozent auf echte Lohn- und Materialerhöhungen entfielen. 17 Prozent beträfen nachträgliche Arbeiten. Dabei stammten diese Berechnungen bereits vom April 1973. Wahrscheinlich habe man damals deshalb den Akt dem Gemeinderat nicht vorgelegt, weil kurz zuvor das Planungsdebakel über das Schafbergbad offenkundig geworden war.

Bei den 17 Prozent sei auch eine Vorhalle enthalten, die auch schon in der ursprünglichen Planung aufgeschienen sei. Es gebe zwar ein Bäderkonzept in Wien, doch sei es durch mangelnde Planung ausgezeichnet, wie sich schon beim Bau des Floridsdorfer Bades und dem Neubau des Dianabades darin gezeigt habe, daß man keine 50-Meter-Becken vorgesehen hatte. Jetzt sei die Zeit bis zu den Europameisterschaften im nächsten Jahr schon knapp und der österreichische Schwimmkader müsse in einer kleinen niederösterreichischen Gemeinde, die über eine 50 Meter-Bahn verfüge, trainieren.

Vizebürgermeister Pfoch erklärte als Debattenredner, die Regierung Klaus hätte zwar für den Ausbau des Sportzentrums in der Südstadt 100 Millionen S bereitgestellt, für die Stadt Wien jedoch nichts übrig gehabt. Das Floridsdorfer Bad sei deshalb ohne 50 Meter-Bahn gebaut worden, weil der notwendige Grund damals nicht verfügbar gewesen sei. Pfoch wies zudem darauf hin, daß 66 Millionen S der beantragten Erhöhung laut Baukostenindex eingetreten seien. Abstimmung: einstimmig angenommen.

Stadtrat Hans Mayr beantragte dann zu der vom Landtag heute beschlossenen zehnzehnten Verbrauchergebühr beim Bier, die korrespondierende Ausschreibung durch den Gemeinderat. Stadtrat Lehner (ÖVP) kritisierte neuerlich das Fehlen einer Zweckbindung und stellte einen Antrag, die daraus resultierenden Beträge zweckgebunden dem Ausbau der Alterspflegeheime zuzuführen. Im Schlußwort meinte Stadtrat Mayr, eine formale Zweckbindung sei natürlich möglich, doch sei er aus zwei Gründen dagegen: Erstens würden die Zuwachsraten für die sozialen Aufwendungen in den nächsten Jahren sicher höher sein als die Erträge aus der Biersteuer und zweitens wäre eine solche Zweckbindung grundsätzlich deshalb nicht sinnvoll, weil der politische Spielraum bei der Budgetstellung durch solche Maßnahmen immer mehr eingeengt würde.

Abstimmung: Der Abänderungsantrag blieb mit den Stimmen der ÖVP in der Minderheit, der Antrag des Referenten wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

GR. Holubarz (SPÖ) legte den Antrag vor, die Planung für die Stadterweiterung Süd, auf den sogenannten Draschegründen, für 3,150.000 S zu vergeben. GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) meinte, man müßte sich erst klar werden, ob eine Stadterweiterung in diesem Ausmaß überhaupt zweckmäßig sei. Es gebe ernste Argumente dagegen: ein Generalplan für Wien fehle, Stadterneuerung habe Vorrang vor Stadterweiterung, die Einwohnerzahl Wiens sinke, die Hälfte der Draschegründe liege auf niederösterreichischem Gebiet, die Kosten für die Infrastruktur würden sehr hoch sein. Stadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) erwiderte, daß über Stadterneuerung nur sprechen dürfe, wer sich für deren wichtigste Voraussetzung, das Assanierungsgesetz, einsetze. Solange die ÖVP dieses Gesetz im Parlament immer wieder verzögere, sei sie dazu nicht berechtigt. Die Stadt müsse, solange es das Gesetz nicht gibt, Vorsorge für Stadterweiterung treffen. Die Vergabe der Planung sei nur eine Vorarbeit dazu. Erst wenn die Planung vorliegt, habe der Gemeinderat über die Flächenwidmung zu entscheiden. Die Planung wird mehrere Ziele verfolgen - neben dem Wohnbau auch die Betriebsansiedlung, und nicht zuletzt solle die bestehende Siedlung nicht nur erhalten, sondern erweitert und abgerundet werden. Abstimmung: Von SPÖ und FPÖ genehmigt.

GR. Stockinger (SPÖ) beantragte zusätzlich 16,2 Millionen S für die Herstellung der Fußgängerzonen Kärntner Straße, Rathausplatz und Favoritenstraße. GR. Arthold (ÖVP) kritisierte, daß der Gemeinderat mit Details der Fußgängerzonen befaßt werde, aber nicht mit der grundsätzlichen Gestaltung. Der Berichterstatter erwiderte, daß aus dem Antrag genau ersichtlich sei, wofür das Geld verwendet werden solle: Planungen, Modelle, Verkabelungen für die künftige Beleuchtung, vermessungstechnische Unterlagen sowie ein provisorischer Gehsteigbelag und Granitsteine für die Kärntner Straße. Abstimmung: Einstimmig genehmigt.

Stadtrat Heller (SPÖ) beantragte, im Interesse der "Waffengleichheit" zwischen Mandataren und Verwaltung jeder im Gemeinderat vertretenen Partei ein Sekretariat zur Verfügung zu stellen. Die Stadtverwaltung übernimmt dafür die Sachkosten und nach der Zahl der Klubmitglieder auch gewisse Personalkosten. Die Gesamtausgaben betragen derzeit im Jahr 2,6 Millionen S. Die Einrichtung der Klubsekretariate wurde einstimmig beschlossen.

Schlußansprache des Bürgermeisters

=====

Wünsche für eine friedliche Welt ohne Hunger, Not und Unterdrückung

Die Wünsche der Wiener für eine friedliche Welt, für eine Welt ohne Hunger, Not und Unterdrückung, brachte Bürgermeister Leopold Gratz in seiner Schlußansprache vor dem Wiener Gemeinderat zum Ausdruck. Gerade die Energiekrise, die erschütternde Tatsache, daß der Krieg im Nahen Osten in die Zentren Europas getragen wird, sagte Gratz, zeigt uns, daß kein Land und keine Stadt eine Insel der Seligen sein kann.

Zur Arbeit im neuen Wiener Gemeinderat bemerkte Gratz, es habe sich jetzt schon herausgestellt, daß es nicht einer formalen Koalition bedürfe, um sicherzustellen, daß alle Mitglieder dieses Gremiums mit allen ihren Fähigkeiten und mit all ihrer Energie bereit sind, für Wien und seine Bürger tätig zu sein. Er betonte neuerlich, daß für jede Verwaltung und für jedes Verwaltungsorgan die offene Konfrontation der Meinungen nichts Verdammenswertes ist, sondern wesentlich für die Willensbildung in einer demokratischen Gesellschaft.

Mit Bezug auf den Beschluß des Gemeinderates, den Klubs der politischen Parteien materielle Unterstützung für ihre Arbeit zu gewähren, legte Gratz ein Bekenntnis zu der wesentlichen Rolle der politischen Parteien und ihrer Fraktionen im Gemeinderat ab.

Gerade in einer Zeit, in der die sogenannte Informationsexplosion manchmal bedeutet, daß der Bürger mit einer Fülle von unzusammenhängenden Einzelinformationen überschüttet wird, ist es notwendig, die Integrationsfunktion der politischen Parteien hervorzuheben. Diese Integrationsfunktion verlangt die Bereitschaft, Verantwortung zu tragen, sie erfordert aber auch, diese verantwortliche Stellungnahme auf Grund umfangreicher objektiver Information zu beziehen. Die materielle Hilfestellung der Stadt Wien für die Fraktionen des Wiener Gemeinderates ist daher eine Voraussetzung dafür, daß die politischen Funktionäre nicht durch Informationsmangel gegenüber der Verwaltung benachteiligt werden.

Der Bürgermeister dankte abschließend im Namen des Gemeinderates den Bediensteten der Stadt Wien aber auch den Mitgliedern der Exekutive und den Wienern im Österreichischen Bundesheer für ihren Einsatz im Interesse der Bürger Wiens.

k o m m u n a l :

=====

'essen auf raedern':

ab 1974: sozialfaelle erhalten zuschuesse

3 wien, 19.12. (rk) bezieher von mindestpensionen und dauer-sozialhilfeleistungen sowie empfaenger kleinerer pensionen, die im rahmen der aktion 'essen auf raedern' betreut werden, werden ab 1. jaenner 1974 nur mehr einen teil der menuekosten zu leisten haben. der gemeinderatsausschuss fuer soziales und gesundheit fasste mittwoch einen diesbezuglichen beschluss.

demnach wird solchen beziehern von 'essen auf raedern' kuenftighin nur mehr ein beitrag von acht promille ihres monatlichen einkommens pro mahlzeit angerechnet werden. die restlichen kosten des essensbezuges wird das sozialamt tragen. die geschaetzten zusaetzlichen kosten dafuer werden sich im jahr 1974 auf rund 1,7 millionen schilling belaufen.

gegenwaertig werden in wien 4.250 aeltere und gebrechliche wienerinnen und wiener taeglich mit einer warmen mahlzeit versorgt. 2.910 sind bezieher von normalkost (ab 1. jaenner 1974 22 schilling) und 1.340 bezieher von schon- beziehungsweise diaetkost (ab 1. jaenner 1974 27 schilling). die kosten fuer die zustellung - sie erfolgt durch die volkshilfe, heimhilfe, das soziale hilfswerk und die caritas - traegt bekanntlich die stadt wien.

1223

k o m m u n a l :

=====

kuerzeste budgetdebatte, die es je gab

10 wien, 19.12. (rk) die budgetdebatte im wiener rathaus wurde mittwoch abgeschlossen. es war mit 31 stunden und 55 minuten die kuerzeste debatte, die es je gab. die reduzierung der zahl der geschaeftsgruppen wirkte sich auf die dauer der beratungen aus.

das laengste referat erstattete mit 1 stunde und 10 minuten finanzstadtrat hans m a y r . das kuerzeste referat hielt gesundheitsstadtrat dr. alois s t a c h e r mit 18 minuten. als laengster debattenredner fuehrten bis zum heutigen tag gemeinderat fritz h a h n und gemeinderat dr. e b e r t , die beide je 50 minuten lang gesprochen hatten. diesen rekord schnappte ihnen heute, am letzten tag gemeinderat d e u t s c h mit einer 54-minuten-rede weg. insgesamt beteiligten sich an der budgetdebatte 57 redner.

1513

L o k a l :

=====

eduard maerz - 65. geburtstag

2 wien, 19.12. (rk) am 21. dezember vollendet der national-oekonom universitaetsprofessor dr. eduard m a e r z das 65. lebensjahr.

eduard maerz wurde 1908 in lemburg geboren. er studierte zu-naechst an der universitaet wien und schloss sein studium an der harvard-universitaet (usa) mit dem doktorat der wirtschaftswissenschaften ab.

bereits in jungen jahren war maerz vortragender an wiener volkshochschulen. 1933 trat er als betriebswirtschaftlicher berater in den dienst der international business machines corporation (ibm). fuer diese firma war er von 1938 bis 1940 in der schweiz und in der tuerkei und ab 1940 bis 1942 in den vereinigten staaten taetig. anschliessend war er bis 1946 bei der amerikanischen flotte, hauptsaechlich als vortragender auf dem gebiet der kriegsgeschichte. nach seinem ausscheiden aus dem militaerdienst lehrte er an einigen amerikanischen hochschulen theoretische national-oekonomie, wirtschaftsgeschichte und geldtheorie. kurze zeit war er konsulent der general electric corporation.

anfang der fuenfziger jahre kehrte maerz nach oesterreich zurueck und wurde zunaechst konsulent des oesterreichischen instituts fuer wirtschaftsforschung und spaeter konsulent der kreditanstalt-bankverein. 1956 trat er in den dienst der arbeiterkammer wien und wurde 1958 leiter der wirtschaftswissenschaftlichen abteilung. 1966 wurde er fuer ein jahr von der arbeiterkammer wien freigestellt und war in dieser zeit bei der manpower divison der oecd in paris taetig. 1968 wurde er als honorarprofessor fuer nationaloekonomie an die hochschule fuer wirtschafts- und sozialwissenschaften in linz und 1972 als gast-

./.

professor an die universitaet salzburg berufen, wo er ueber wirtschaftsgeschichte vorlesungen und seminare haelt.

eduard maerz ist einer der bedeutendsten oesterreichischen sozialistischen wirtschaftstheoretiker. in seinen wissenschaftlichen arbeiten beschaeftigt er sich mit theoretischen, praktischen und historischen aspekten der oesterreichischen und der internationalen wirtschaft. erwahnt seien hier vor allem seine selbstaendigen publikationen:

seine untersuchung ueber die marxsche wirtschaftstheorie (''die marxsche wirtschaftslehre im widerstreit der meinungen, 1958), der essay-band ''oesterreichs wirtschaft zwischen ost und west'', 1965, und seine wirtschaftsgeschichtliche untersuchung ''oesterreichische industrie- und bankpolitik in der zeit franz joseph 1.'', 1968. im werk ''kapitalmarktkonzept fuer oesterreich'', 1965, einer wachstumspolitischen untersuchung, hat er wesentliche beitraege geleistet. daneben hat er in wissenschaftlichen zeitschriften zahlreiche artikel veroeffentlicht. unter seiner leitung wurden von der wirtschaftswissenschaftlichen abteilung der arbeiterkammer zahlreiche studien zu problemen der oesterreichischen wirtschaft ausgearbeitet. maerz, der traeger des koerner-preises ist, gehoert auch zu den initiatoren des wirtschafts- und sozialbeirates.

1973 wurde ihm der preis der stadt wien fuer geisteswissenschaften verliehen.

L o k a l :

=====

weihnachtslieder auf dem rathausplatz

4 wien, 19.12. (rk) vor dem grossen beleuchteten christbaum auf dem rathausplatz werden morgen, donnerstag, um 15.30 uhr, rund 150 kinder dem wiener buergermeister leopold g r a t z , den mitgliedern des stadt senates und des gemeinderats sowie vertretern der beamten des rathauses ein vorweihnachtliches staendchen bringen.

mit dieser kleinen feier wollen die kinder den wiener stadtvaetern und den mitarbeitern der stadtverwaltung dafuer danken, dass sie wieder ein jahr lang im dienste der wiener buerger, der grossen und der kleinen, taetig waren. die buben und maedchen werden den stadtveatern und deren mitarbeitern kleine, selbstgebastelte geschenke ueberreichen.

die wienerinnen und wiener sind zu diesem weihnachtssingen auf dem rathausplatz herzlich eingeladen.

1115

s p o r t :

=====

weiteres 'weihnachtsgeschenk' an die sportler:
schul-turnsaele ab jaenner voellig gratis

6 wien, 19.12. (rk) neben der errichtung eines schleppliftes auf der himmelhofwiese in huetteldorf, der vorbereitung eines natureislaufplatzes auf dem kaiserwasser und dem gratis-eislaufen in der stadthalle waehrend der weihnachtsferien hat die stadt wien fuer die sportler wiens ein weiteres 'weihnachtsgeschenk' vorbereitet: wie stadtrat kurt h e l l e r der 'rathaus-korrespondenz' mitteilt, werden mit jahresbeginn die turnsaele der staedtischen schulen voellig kostenlos fuer die sportausuebung zur verfuegung stehen. das bedeutet, dass keine miete mehr an die schulverwaltung und kein entgelt an die schulwarte mehr zu entrichten sein werden. diese massnahme wird zweifellos vielen wiener sportvereinen eine finanzielle entlastung bringen. die kosten dafuer in der hoehe von voraussichtlich 1,3 millionen s jaehrlich uebernimmt die stadt wien.

1127